



Kantonsrat Zug

Interpellation SP-Fraktion zur Umsetzung der vom Bund beschlossenen ELG-Änderung

Das eidgenössische Parlament hat im Juni 2025 eine Änderung des Ergänzungsleistungsgesetzes (ELG) beschlossen. Es hat die Finanzierung von Hilfe und Betreuung zu Hause und in intermediären Angeboten wie betreutem Wohnen für EL-Beziehende geregelt und neue Pauschalen im Rahmen der Krankheits- und Behinderungskosten beschlossen. Diese neue Möglichkeit gilt sowohl für AHV- als auch IV-Rentnerinnen und -Rentner.

Die Anpassung des ELG wurde mit einer doppelten Zielsetzung vorgenommen: 1) Stärkung der Selbstbestimmung und Sichern der freien Wahl der Wohnform, 2) Vermeidung bzw. Verzögerung von Heimeintritten für Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen bzw. dazu berechtigt sind.

Die meisten älteren Menschen möchten zu Hause wohnen. Dazu sind oft Unterstützungsleistungen gefragt, die nicht in den Bereich der Pflege fallen: Hilfe in der Haushaltsführung, Erhalten und Befähigen der Selbständigkeit im Alltag, Unterstützung für den Erhalt der Mobilität, der sozialen Kontakte und Beziehungsnetzwerke. Damit einher geht die Prävention von Einsamkeit und Kompetenzabbau. Mit psychosozialen Betreuungsleistungen kann diese Unterstützung erbracht werden. Ein Diskussionspapier für den AHV-Bereich hat die Paul Schiller Stiftung publiziert:

https://www.gutaltern.ch/site/assets/files/4650/pss_elg_diskussionsbeitrag_260227.pdf

Auch wenn die Arbeit an der Verordnung auf Bundesebene noch läuft (das Ende der Vernehmlassung war im März), würden uns die bestehenden Erwägungen des Zuger Regierungsrates interessieren, ist dies doch ein wichtiges Thema und stehen im Jahr 2027, allenfalls schon im Jahr 2026, gesetzgeberische Arbeiten im Kanton Zug an.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Umsetzungsstand und Zeitplan: Wo steht der Kanton Zug¹ aktuell bei der Umsetzung der Änderung des Ergänzungsleistungsgesetzes (ELG) zur

¹ Im Grossen Rat des Kantons Bern wurde quasi die gleiche Interpellation schon eingereicht: [Umsetzung der vom Bund beschlossenen ELG-Änderung](#)

Finanzierung von Betreuung zu Hause, und bis wann gedenkt der Regierungsrat eine kantonale Regelung vorzulegen?

2. Rechtlicher Umsetzungsweg und Zuständigkeiten: Über welchen rechtlichen Weg (Verordnungsänderung oder Gesetzesanpassung) will der Regierungsrat die ELG-Änderung im Kanton Zug umsetzen, und wie ist die Verantwortung zwischen der Direktion des Innern (DI) und der Direktion für Gesundheit (DG) geregelt?
3. Abstimmung mit dem Gesetz über Leistungen für Menschen mit Behinderungen und Betreuungsbedarf (LBBG): Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Umsetzung der ELG-Änderung mit dem Gesetz über Leistungen für Menschen mit Behinderungen und Betreuungsbedarf (LBBG) abgestimmt erfolgt und keine neuen Abgrenzungs- oder Finanzierungsprobleme entstehen?
4. Beitrag zur Vermeidung verfrühter Heimeintritte: Welche konkreten Ziele und Massnahmen verfolgt der Regierungsrat, damit die neuen Möglichkeiten der EL tatsächlich dazu beitragen, verfrühte Heimeintritte zu verhindern oder hinauszuzögern und die Selbstbestimmung der Betroffenen zu stärken?
5. Zugang, Qualität und Einbezug der Praxis: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass anspruchsberechtigte Personen im ganzen Kanton effektiv Zugang zu den neuen Leistungen erhalten, dass Bedarfsabklärungen fachlich fundiert erfolgen und dass Fachorganisationen aus den Bereichen Alter, Behinderung und Betreuung zu Hause in die Ausarbeitung der kantonalen Umsetzung einbezogen werden?